

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Juli 1974

Evangelische Verantwortung

Heft 7/1974

Politik und staatsbürgerliche Verantwortung

Gerhard Schröder

Die Aufgabe, verantwortbare und verantwortliche Politik zu betreiben, gestaltet sich zunehmend schwieriger. Alle Parteien, Regierung und Opposition, aber auch die gesellschaftlichen Gruppen und jeder einzelne Staatsbürger sind durch diese Herausforderung aufgerufen, ihre Position zu überdenken und zu verdeutlichen. Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises setzte sich in einer vielbeachteten Rede vor dem EAK Baden in Karlsruhe mit dieser Thematik auseinander.

Wir leben und handeln in einer Zeit starker politischer Bewegung und oft verwirrender Unruhe. Gerade hatten wir den Rücktritt des Bundeskanzlers Brandt unter wenig rühmlichen Umständen. Wir hatten die Bildung einer anderen Regierung – ich sage bewußt nicht „neuen“ Regierung, weil sie so neu nicht ist. Wenn ich ein Bild brauchen darf: Aus dem Schiffbruch sind hastig einige Planken zusammengezimmert worden. Einige über Bord gespülte Männer sind aus der Garnitur der bisherigen zweiten Reihe und aus Hilfskräften ersetzt worden. Hat sich der nebelhafte Überschwang endgültig verflüchtigt? Sind Illusionen und Euphorie gewichen? Wir werden es sehen. Jedenfalls kommt der neuen Regierung einstweilen und sozusagen zwangsläufig ein neuer Sinn für den Boden der Tatsachen zugute. Der Bundeskanzler Schmidt hat in den voraufgegangenen zwei Regierungen Brandt ein hohes Maß an Verantwortung getragen. Er ist an der Hinterlassenschaft seines Vorgängers keineswegs unschuldig.

Die Unsicherheit über die weitere Entwicklung vor allem auf wirtschaftlich-finanziellem Gebiet ist weit verbreitet.

Zunehmender Geldwertverfall, die Entwertung der Ersparnisse, die Angst um die Stabilität der Wirtschaft und um die Erhaltung der Arbeitsplätze beherrschen die Szene. Es wird gefragt, wie bei geringem oder gar keinem Wachs-

Aus dem Inhalt

Politik und staatsbürgerliche Verantwortung	1
Absage an ideologisiertes Evangelium	4
Aus unserer Arbeit	5
Der politische Auftrag der Christen in unserer Zeit Heinz Weber/Valentin Schweiger	7
Kurz notiert	8
Gewissensentscheidung aus christlicher Verantwortung Kai-Uwe von Hassel	9
Vertrauen in die Zukunft – Chancen und Aufgaben der Volkspartei CDU – Helmut Kohl	11
84. Deutscher Katholikentag	12

tum, aber bei gleichbleibenden oder weiter zunehmenden Ansprüchen und Erwartungen breiter Kreise der soziale Frieden erhalten werden könne. Seit der Ölkrise – deren Folgen keineswegs überwunden sind – haben viele die Empfindung, es sei etwas anders geworden. Sie fragen sich, wie es weitergehen soll. Es sind Fragen, die der Bürger an den Staat und die ihn tra-

genden Parteien richtet, die aber – das möchte ich unterstreichen – eben auch der Bürger an sich selbst richten und darüber nachdenken sollte, welche Bedeutung diese Probleme für ihn und seine eigene staatsbürgerliche Verantwortung haben.

Staatsbürgerliche Verantwortung der Opposition

Als Angehöriger einer Partei, die z. Z. im Bund die Rolle der Opposition wahrzunehmen hat, liegt mir daran, etwas zur staatsbürgerlichen Verantwortung der Opposition zu sagen. Dabei muß man zunächst die Rolle und die Bedeutung der Opposition in einer parlamentarischen Demokratie klar aufzeigen.

Die Aufgaben der Opposition lassen sich mit zwei Schwerpunkten charakterisieren: Sie hat auf der einen Seite nicht nur die Berufung, sondern die Pflicht zur Kritik an der Regierung; sie hat auf der anderen Seite aber auch Alternativen – oder sagen wir lieber ihre eigene Lösung – aufzuzeigen. Das gilt in der Sache, wo immer es angezeigt und möglich ist, das gilt auch für den personellen Bereich. Richtig verstanden sind die Aufgaben der Opposition keineswegs einfach, sondern ausgesprochen schwierig. Ich sage dies in dem Bewußtsein, daß es auch eine Regierung sehr schwer hat. Dennoch ist es sicher nicht ungerecht gegenüber der Regierung, wenn ich sage, daß es die Opposition gerade in unserem Land oft besonders schwer hat. Dies gilt vor allem in Bezug auf die eine Hauptaufgabe, nämlich die der Kritik an der Regierung, also für die Kontrollfunktion. Die Regierung genießt, so scheint es zu sein, bei uns Deutschen eine Art „Amtsbonus“. Darum gerät der, der sie kritisiert, bei dem Publikum leicht in den Geruch des Querulanten, desjenigen, dem nichts gut genug ist, dem nichts recht ist, der immer Nein sagt und damit Obstruktion

übt. Die Opposition gerät in die Gefahr, in der Rolle des Störenfriedes gesehen zu werden. In Demokratien mit einer längeren Tradition ist das anders. Daher wird sich auch in unserem Land mit der Zeit ein besseres Verständnis für die kritische Funktion der Opposition entwickeln. Den wichtigsten Beitrag für eine solche Entwicklung hat die Opposition selbst zu leisten, und zwar durch die Art und Weise, wie sie ihre Rolle wahrnimmt, d. h., daß sie bei der Wahrnehmung ihrer Rolle ihre staatsbürgerliche Verantwortung sieht und in der Öffentlichkeit verdeutlicht. Sie muß in vielfältiger Weise sichtbar machen, daß sie von ihrer Verantwortung für das ganze Gemeinwesen durchdrungen ist. Dazu gehört, daß sie die notwendigen Auseinandersetzungen mit der Regierung in fairer Art führt. Dies gilt für Inhalt und Form der Debatten. Bei ihrer Kritik, bei der Wahrnehmung des – wie es oft genannt wird – „Wächteramtes“ darf sie nicht der naheliegenden Versuchung erliegen, alles, was die Regierung tut, abzulehnen oder zu verdammen. Das ist übrigens, wie ich bei dieser Gelegenheit betonen möchte, weder in der vergangenen noch in der jetzt laufenden Legislaturperiode geschehen. Es sind weitaus mehr Gesetze gemeinsam verabschiedet worden, als allgemein angenommen wird. Die Opposition darf selbstverständlich einen Gesetzentwurf nicht allein deshalb ablehnen, weil er von der Regierung oder von ihrer Parlamentsmehrheit kommt. Sie wird jeden Gesetzentwurf sachlich prüfen müssen und dabei die Maßstäbe anlegen, die sich aus ihren Grundsätzen und ihren Überzeugungen ergeben. Es liegt natürlich im Wesen der Politik und des politisch handelnden Menschen, daß zu den Auseinandersetzungen die Leidenschaft gehört. Sie ist sicher ganz notwendig, denn Politik spielt sich nicht im luftleeren Raum ab. Die Politik wird weithin nicht nur von Vernunft, sondern auch von leidenschaftlichen Gefühlen beherrscht. Nicht immer lassen sich Zorn und Empörung beherrschen, oft werden böse Worte gebraucht. Aber die Sachlichkeit darf über aller Leidenschaft nicht verlorengehen. Totale Opposition schadet nicht nur dem Gemeinwesen, sie zahlt sich auch nicht aus. Die Opposition muß – um ein militärisches Bild zu wählen – den Kampf mit der Regierung

auf ausgewählte Frontabschnitte konzentrieren. Sie wird gut daran tun, ihre Schwerpunkte dort zu setzen, wo sie nicht nur einleuchtend begründete Kritik vorbringen kann, sondern auch überzeugende andere Lösungen zu bieten vermag. Es wäre ein aussichtsloses Unterfangen, wenn die Opposition versuchen wollte, jede oder doch fast jede Maßnahme der Regierung mit eigenen Vorschlägen zu beantworten. Dafür hat die Opposition weder den Apparat noch das Geld und dafür fehlen ihr oft auch die Informationen, für deren Beschaffung die Regierung gewaltige Apparate unterhält. Die Opposition darf daher ihre Kräfte nicht zersplittern, sondern muß sie zur Entwicklung und Darstellung der eigenen Politik dort zusammenfassen, wo es um entscheidende politische Orientierungen geht und wo sich die Gegensätze sozusagen wie an einem Modell in überzeugender, auch für das breite Publikum verständlicher Weise demonstrieren lassen. Nur dann kann die Opposition erreichen, von der Bevölkerung, vom letztlich entscheidenden Wähler, als das angesehene zu werden, was eine lebenskräftige Opposition nach ihrem Selbstverständnis sein muß: die Regierung von morgen.

Verantwortung des Bürgers

Die demokratischen politischen Kräfte, die in unserem freiheitlichen Staatswesen wirken – ob sie die Regierung tragen oder in der Opposition tätig sind – können ihren Aufgaben nur dann wirklich gerecht werden, wenn sie sich auf die aktive Mitarbeit möglichst vieler Bürger stützen können. Eine lebendige Demokratie braucht eine große Zahl von Bürgern, die sich dem politischen Leben zur Verfügung stellen und bereit sind, in den parlamentarischen Gremien von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden mitzuarbeiten. Die derzeitige Basis der Parteien mit einer Mitgliederzahl von rund 3 % der Wahlberechtigten ist meiner Meinung nach zu schmal, zumal von diesen 3 % sicherlich nur ein Teil wirklich mitarbeitet. Eine größere Mitgliederzahl würde auch die Auswahlmöglichkeiten für Mandatsträger erweitern und damit die Möglichkeit zu einer auch qualitativen Verbesserung der politi-

schen Repräsentanten bieten. Ich möchte nachdrücklich an alle politisch interessierten Mitbürger appellieren, dieses Interesse nicht nur passiv, sondern durch Teilnahme am politischen Leben wahrzunehmen und bereit zu sein, die damit verbundene Verantwortung zu übernehmen. Darüber hinaus aber muß das Gefühl der Verantwortung für das Ganze unter unseren Bürgern stärker als bisher entwickelt werden. Ich habe viel Verständnis dafür, daß der einzelne sich durch seine Berufsarbeit und die Sorge um seine Familie voll ausgelastet fühlt. Aber um der Erhaltung der Freiheit willen müssen wir an die Bürgertugenden appellieren, die der demokratische Staat braucht. Wir müssen dem Bürger unverdrossen sagen, daß er dem Staat und der Gemeinschaft aller Bürger, daß er der Gesellschaft mehr schuldet als nur die Steuer. Wir sind – und das mit Recht – stolz darauf, daß die Grundrechte des Bürgers in unserem Grundgesetz, das gerade 25 Jahre lang in Kraft ist, feierlich verbrieft sind. Mir scheint aber, daß gegenüber den Rechten die Pflichten des Bürgers ins Hintertreffen geraten sind. Dies war nicht unverständlich nach Jahren der Unterdrückung der Bürgerrechte unter dem Befehlsstaat des Nationalsozialismus. Mir scheint, daß es jetzt aber sicherlich hoch an der Zeit ist, zu einem natürlichen und normalen Verständnis auch der Pflichten zu finden, die sich aus der staatsbürgerlichen Verantwortung des Bürgers für jeden einzelnen ergeben. Dies ist besonders notwendig angesichts einer Entwicklung, in der auf der einen Seite weiter große, oft noch zunehmende Erwartungen und Ansprüche von einzelnen und von Gruppen an die Gemeinschaft gestellt werden, auf der anderen Seite aber die Leistungsfähigkeit der Gemeinschaft und ihrer Institutionen abnimmt. Ich habe vorhin die Frage gestellt, wie bei abnehmender Zuwachsrates der Wirtschaft, aber gleichbleibenden oder gar noch zunehmenden Ansprüchen der soziale Friede bewahrt werden könne. Der soziale Friede kann nur bewahrt werden, wenn der einzelne Bürger und wenn die organisierten Gruppen ihre Verantwortung gegenüber dem Ganzen erkennen und entsprechend handeln. Das heißt vor allem, daß Einzel- und Gruppenansprüche nicht zum Schaden der Gesamtheit gel-

tend gemacht und durchgesetzt werden. Seien wir uns darüber klar: Das wird nur zu erreichen sein, wenn wir uns auf Tugenden besinnen, die etwas aus der Mode gekommen sind, ja oft genug lächerlich gemacht worden sind. Ich denke hier vor allem an Bescheidenheit und Opferbereitschaft. Wir müssen den Mut haben, diese Tugenden ganz konkret zu fordern, denn ohne sie kann unsere freiheitliche Ordnung auf die Dauer nicht bestehen, nur mit ihnen kann sie Belastungen überwinden. Demokratie als Form unseres staatlichen Lebens ist nicht nur für Schönwetterperioden gedacht. Sie kann und wird sich auch in schwierigen Zeiten bewähren, wenn sie sich auf das Verantwortungsgefühl der Bürger stützen kann. Dann wird es möglich sein, auch schwierige Probleme entsprechend unserer freiheitlichen Ordnung zu lösen. Wäre

EAK-Bundes- tagung '74 6. – 8. Dezember in Mainz

es anders, so gerieten wir in die Gefahr, vom Kollektiv erdrückt zu werden. In der Aktivierung des Bürgersinnes für die Gemeinschaft sehe ich eine große Aufgabe gerade für die Unionsparteien, die in unserem Lande die freiheitliche Alternative zum Sozialismus darstellen, zu einem Sozialismus, der in seinen letzten Zielen freiheitsfeindlich ist und sein muß. Darüber sollte sich niemand täuschen.

Kirche ist elementare Hilfe schuldig

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU sieht sich besonders aufgerufen, einen Beitrag zur Weckung und Stärkung des Bürgersinnes zu leisten. Wir tun dies hier in Karlsruhe mit einer Tagung, die der Tätigkeit des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Baden kräftige Impulse vermitteln wird. Wir tun es in der politischen Arbeit in allen Bereichen und Ebenen der Union. Es liegt in der Natur unserer Auf-

gabe, daß sie uns in vielfältige Berührung mit der Evangelischen Kirche bringt. Wir sehen im Kirchenvolk ein ernstes und oft besorgtes Ringen und Fragen um Auftrag und Funktion unserer Kirche. Ich habe den Eindruck, daß viele Christen in unserem Lande darüber nachdenken, ob die Kirche, wie sie sich vielerorts darstellt, ihre Heimat ist, ihre Heimat bleiben wird. Dietrich Bonhoeffer hat gefordert, Kirche solle sein „Christus als Gemeinde existierend“. Dies ist ein hoher Anspruch, aber, so glaube ich, eine richtige Orientierung. Es bedeutet aber, daß die Kirche nicht ein weiterer Ort der Verwirrung und Unsicherheit sein darf, von denen es leider allzu viele gibt, sondern Ort der Hilfe, der Verlässlichkeit und Geborgenheit sein muß. Gerade eine auf die Weltzuwendung Gottes blickende Kirche darf ihren Gliedern diese elementare Hilfe nicht verweigern. Diese elementare Hilfe gehört zu ihrem biblischen Auftrag. Wir bejahen die sinngebende und wertorientierte Funktion der Kirche gerade in unserer Gesellschaft mit ihrer Tendenz zur Befreiung von allen Ordnungen, Bindungen, Normen und Werten, zur Überbewertung des Materiellen. Deshalb sind wir besorgt über manche Züge im Erscheinungsbild der Evangelischen Kirche in Deutschland. Es ist unsere feste Hoffnung, daß die Kirche Uneinigkeit, Zwiespältigkeit und Unsicherheit überwindet und die volle Kraft für ihren Auftrag zurückgewinnt, dem sie verpflichtet ist.

Dies ist ein Ausschnitt aus den Aufgaben, vor denen wir stehen. Sie sind sicher schwierig. Erfolgreich gelöst werden können sie nur dann, wenn unsere Bürger, wenn jeder einzelne von uns sich seiner staatsbürgerlichen Verantwortung bewußt ist, wenn er daran denkt und danach handelt. Ich bin überzeugt, daß dies in den kommenden Jahren wichtiger sein wird als in den zurückliegenden Jahren. Alle diese Aufgaben sind lösbar, wenn wir sie gemeinsam erkennen und für die Lösung gemeinsam arbeiten!

Absage an ideologisiertes Evangelium

Das Thema „Ökumene“ beherrscht in diesem Jahr die Diskussion in der Evangelischen Kirche. An der Arbeit des Ökumenischen Rates der Kirchen scheiden sich die Geister. Am Himmelfahrtstag beschloß der theologische Konvent der „Konferenz Bekennender Gemeinschaften in den evangelischen Kirchen Deutschlands“ auf einer Bekenntnisversammlung in Berlin eine sogenannte „Berliner Ökumene-Erklärung“.

Vom 16. bis 25. Juli findet in Lausanne (Schweiz) ein „Internationaler Kongreß für Weltevangelisation“ statt; wenig später – vom 8. bis 14. August – kommt in Berlin der Zentralauschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen zusammen. Die „Berliner Ökumene-Erklärung“ wird für die Beurteilung der Arbeit dieser beiden Tagungen von Bedeutung und Interesse sein. Wir geben den Text aus Platzgründen in einer gekürzten Fassung wieder.

Am Fest der Himmelfahrt unseres Herrn Jesus Christus sind wir, Christen aus verschiedenen europäischen Kirchen, in Berlin zusammengekommen. Wir wissen uns geistlich vereint mit allen Brüdern und Schwestern auf der ganzen Erde, die seinen Namen anrufen.

Gemeinsam bekennen wir: Gott hat seinen Sohn, der um unserer Sünde willen sein Leben am Kreuz als Sühneopfer für uns gab, „von den Toten auferweckt. Er hat ihn zu seiner Rechten im Himmel erhöht über alle Reiche, Gewalt, Macht, Herrschaft . . . nicht allein in dieser Welt, sondern auch in der zukünftigen. Er hat ihn zum Haupt der Gemeinde über alles gesetzt.“

Diese biblische Botschaft wird heute nicht nur von außen, sondern auch in der Christenheit selbst angefochten und verändert. Das ruft uns zur Wachsamkeit und Unterscheidung der Geister auf:

I. Die Sichtungsstunde der Ökumene

1. *Der neue Humanismus als antichristliche Versuchung.* Unsere Zeit ist eine Sichtungsstunde der Christenheit. Ein widergöttlicher Humanismus,

als Vergötzung des Menschen, dringt im Gewand einer scheinchristlichen Theologie in die Weltchristenheit ein und unterhöhlt das Christusbekenntnis der Kirche.

2. *Die neue Polarisierung als unausweichliche Scheidung in den Kirchen.* Aufgrund der unterschiedlichen Beurteilung dieses scheinchristlichen Humanismus' geht heute ein Riß quer durch die Konfessionen. Weltweit zeichnet sich der Gegensatz zwischen der Gemeinschaft im biblischen Bekenntnis zu Jesus Christus und einer weitverhafteten Ökumene ab.

3. *Der neue Wächterruf als Gebot der Verantwortung.* Beunruhigt durch die Bedrohung des biblischen Glaubens in der Ökumene, gebeugt unter unserer eigenen Mitschuld an dieser Entwicklung und bedrängt durch die Verwirrung zahlreicher Christen, die vergeblich nach Hirten ausschauen, sind wir gerufen, ein Wächteramt in der Kirche wahrzunehmen. Schwiegen wir, so träfe uns Gottes Gericht.

II. Das Befreiungsprogramm der Ökumene

4. *Wahre Befreiung offenbart die Heilige Schrift allein!* Ein Hauptgegensatz zwischen dem Evangelium und der heutigen Ökumene bricht auf an der Frage: Wie verhält sich das Heil in Christus zu den Befreiungsbewegungen? Allein der Gehorsam gegen das Wort Gottes bewahrt uns davor, einem politisch verfälschten Evangelium zu verfallen.

5. *Wahre Befreiung erwarb Jesus Christus allein!* Ökumenische Führer behaupten, daß Jesus Christus heute in den Revolutionen und Fremdreigionen zum Heil der Welt handle. Sie versuchen, diese Irrlehre aus der Schrift zu beweisen. Damit ist der Weltkirchenrat auf dem Weg, Jesus Christus durch sein antichristliches Gegenbild zu ersetzen.

6. *Wahre Befreiung vermittelt das Evangelium allein!* Seit Jahren besteht im Ökumenischen Rat der

Kirchen die Neigung, die unantastbare Mitte des biblischen Evangeliums, die Vergebung der Sünden, durch den Ruf zur sozialpolitischen Befreiung zu verdrängen. Damit wird, auch wo noch von der Versöhnung mit Gott als deren Voraussetzung gesprochen wird, das Evangelium zur widerchristlichen Ideologie verfälscht.

III. Die Einheitsvision der Ökumene

Der andere Hauptgegensatz zwischen Evangelium und Ökumene bricht heute auf an der Frage: Wie verhält sich das wahre Einssein in Christus zur erstrebten Welteinheitsgesellschaft? Wir wenden uns gegen die falsche Lehre, daß die Einheit der Kirche nur ein Schritt auf dem Wege zur allumfassenden Einheit der ganzen Menschheit sei. Diese Lehre verwischt die Scheidelinie zwischen Kirche und Welt und verwechselt das Reich Gottes mit einer humanistisch gefaßten Weltgemeinschaft.

7. *Keine Welteinheitskirche!* Weil die ökumenische Bewegung es bisher nicht vermochte, die Konfessionen auf apostolischer Grundlage zu einigen, erstrebt sie heute zwischenkirchliche Einigung auf rein organisatorische Weise. Die Bekenntnis- und Wahrheitsfrage wird verdrängt oder formelhaft überspielt. Jünger Jesu aber wissen sich eins in geistlicher Gliedschaft an seinem Leibe.

8. *Keine Welteinheitsreligion!* Der Weltkirchenrat steht an einem schicksalhaften Wendepunkt: Die anfängliche Ökumene der Kirchen droht heute zur Ökumene der Religionen gemacht zu werden. Wir warnen vor der Gefahr einer synkretistischen (die Religionen vermengenden) Welteinheitsreligion.

9. *Keine Welteinheitsgemeinschaft!* Die ökumenische Leitidee gipfelt heute in der „utopischen“ Vision (Wunschbild) einer mit vereinten menschlichen Kräften zu schaffenden Weltfriedensgemeinschaft aller Rassen, Religionen und Ideologien. Sie verkennt damit die heilsgeschichtlichen Aussagen über

das Kommen des Reiches Gottes. Eine weltverhaftete Kirche, die diese Gabe der Wiederkunft Christi eigenmächtig vorwegnehmen will, wird dem Antichrist den Weg bahnen.

IV. Die Einflußkraft der ideologischen Ökumene

10. *Ökumenismus als Irrgeist.* Die „utopische Vision“, die viele in der Ökumene verzaubert, ist nicht nur eine falsche, vom Menschen erdachte Lehre. Sie ist zugleich eine Geistesmacht (Lukas 5, 4–8). Jeden, der sich auf sie einläßt, steckt sie an und verändert fast unbemerkt sein geistliches Bewußtsein.

11. *Ökumenismus als Eroberungsstrategie.* Das ideologisierte „Evangelium“ wird mit großer List unter allen Kirchen und christlichen Gemeinschaften der Erde verbreitet.

Die „utopische Vision“ verlangt, daß sie alle für die Einreihung in die ökumenische Bewegung in Richtung auf die Welteinheitsgemeinschaft gewonnen werden. Die dabei auf allen Kontinenten zu beobachtenden Methoden erscheinen wie Glieder eines weltumspannenden Gesamtplanes.

V. Die bekennende Gemeinde antwortet der Ökumene

12. *Geistesunterscheidung, Widerstand und Sammlung.* In festem Vertrauen auf die großen Verheißungen unseres Herrn für die ihm treubleibende Gemeinde, und mit nüchternem Blick auf ihre schwere Bedrohung durch einen falschen Geist rufen wir unsere Brüder und Schwestern in aller Welt auf: Lest Eure Bibel, damit Ihr Tag um Tag durch das Wort der Wahrheit in Christus eingewurzelt werdet! –

Evangelische Verantwortung 7/1974

Erkennt die geistliche Gefahr, die heute durch die Verfremdung des Evangeliums auch in Gestalt der ökumenischen Bewegung auf Euch zukommt! – Fordert Eure Kirchen und Missionsleitungen auf, dieser Entstellung des Glaubens öffentlich entgegenzutreten! – Vereint Euch in weltweiter Bruderschaft des Glaubens, der Fürbitte und des Bekenntnisses! – In dieser Gemeinschaft, im Hören auf das Wort, im Gebet, in der Liebe und im Leiden schauen wir mit freudiger Erwartung dem wiederkommenden Herrn entgegen.

Aus unserer Arbeit

Im Mittelpunkt der Mensch!

Lübeck: Der Evangelische Arbeitskreis der CDU Lübeck bestätigte auf seiner diesjährigen Jahreshauptversammlung Ulrich Böhme, MdBü, mit großer Mehrheit in seinem Amt als Vorsitzenden. Oberamtsrat Freund wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden, der Präsident der Architektenkammer Schleswig-Holsteins, Eberhard Zell, sowie Herbert Schmitz und Adelheid Ludwig wurden zu Beisitzern gewählt.

In seinem Rechenschaftsbericht stellte der Vorsitzende im Rückblick auf die beiden letzten Jahre fest, daß in unserer Massengesellschaft auch ein kleiner, aktiver Kreis in der Lage sei, Denkanstöße zu geben und Probleme aufzugreifen. Dies habe der EAK Lübeck durch seine Vortragsveranstaltungen und seine praktische Rand- und Zielgruppenarbeit eindrücklich unter Beweis gestellt. In einer kritischen Bestandsaufnahme stellte er den EAK als eigenwilligstes Kind der CDU dar. Er sei kein Teil der

Parteiorganisation, und Parteizugehörigkeit keine Voraussetzung für die Mitarbeit. Die Mitarbeit katholischer Freunde habe besonders in Lübeck die konfessionelle Bindung des Arbeitskreises überholt und ihn zu einem offenen Forum für die geistigen und sozialkritischen Strömungen unserer Zeit werden lassen.

Böhme beschloß seine Analyse zur Aufgabenstellung des EAK mit dem Hinweis, daß das Spektrum möglicher Arbeitsfelder größer geworden sei, daß im Mittelpunkt aller Tätigkeiten aber unverrückbar der Mensch stehe. Der Denkansatz bliebe das „C“. Ausgangspunkt der künftigen Arbeit müsse die Frage sein, was aus dem Menschen würde, der dieses Menschenbild verlöre. Familie und Kind gerieten in unserer technisierten Konsumgesellschaft immer mehr in Bedrängnis. Gleichgültigkeit und Egoismus bedrohten alle die in unserer Gesellschaft, die gegenüber der Dynamik der sich eigengesetzlich entwickelnden Leistungsgesellschaft beinahe wehrlos seien. Der EAK müsse und wolle „dem Men-

schen auf der Spur“ bleiben – besonders dort, wo er am Rande der Gesellschaft stünde.

EAK Baden wählt neuen Vorstand

Karlsruhe: Referate des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Filbinger, MdL, und des EAK-Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard Schröder, MdB, standen im Mittelpunkt der diesjährigen Landestagung des EAK Baden. Beide Redner setzten sich in einer gut besuchten öffentlichen Veranstaltung, die den Auftakt zu der sich anschließenden Mitgliederversammlung des EAK bildete, mit dem Thema „Politik und staatsbürgerliche Verantwortung“ auseinander.

Einen Tag nach Annahme des Antrages der Landesregierung Baden-Württembergs auf Aussetzung der Fristenlösung durch das Bundesverfassungsgericht äußerte Ministerpräsident Filbinger seine Befriedigung über diese Entscheidung. Die Zeit bis zum endgültigen

führender Vorsitzender entscheidend zum Zustandekommen der Karlsruher Tagung und dem damit verbundenen Neubeginn beigetragen hatte.

Der neue Vorsitzende, der konzeptionelles Denken mit dem notwendigen Engagement und dem dazugehörigen Temperament verbindet — so der Bezirksvorsitzende der CDU Nordbaden, Prof. Zeitel, in Karlsruhe — bietet die Gewähr dafür, daß der EAK Baden auch in Zukunft wesentliche Beiträge für die politische Arbeit der Union leisten wird.

Politisches Engagement der Kirchen

Radevormwald: Daß die Kirche aufgrund ihres umfassenden Sendungs- und Verkündigungsauftrages Recht und Pflicht habe, sich zu wichtigen gesellschaftlichen und politischen Fragen zu äußern, sei unumstritten — erklärte der Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Dr. Peter Egen, auf einer Tagung der Polizeiseelsorge der Rheinischen Landeskirche. In seinem Referat über das „Politische Engagement der Kirchen“ führte Egen u. a. weiter aus, daß die politische Mitverantwortung und Aussage der Kirchen allerdings dort ihre Grenzen habe, wo die Gefahr bestehe, daß diese politisch einseitig dargestellt würden. Die Dialogfähigkeit der Kirchen müsse auch in Zukunft für alle demokratischen Parteien gegeben sein; dabei sollten allerdings die Kirchen in Kauf nehmen, sich kritisch von den Parteien befragen zu lassen. Eine kritische Begleitung des gegenseitigen Tuns — so meinte Egen — würde zu einer höchst wirkungsvollen Arbeit in partnerschaftlicher Atmosphäre führen. Von kirchlichen Stellungnahmen — so hieß es — werde ein Höchstmaß an Objektivität, Sachkunde und theologischer Sorgfalt erwartet — dies könne jedoch nur dann erwartet und geleistet werden, wenn den Kirchen — nicht

zuletzt auch durch den Staat — der für ihre Arbeit erforderliche geistige Freiraum gewährleistet würde.

Kai-Uwe von Hassel beim EAK-Württemberg

Im Rahmen einer Rundreise statete der stellvertretende Vorsitzende des EAK der CDU/CSU, Bundestagsvizepräsident Kai-Uwe von Hassel, MdB, mehreren evangelischen Einrichtungen in Württemberg Besuche ab. So hatte von Hassel Gelegenheit, in Bad Boll mit einem größeren Kreis von Mitarbeitern der Evangelischen Akademie zu diskutieren. Ferner sprach von Hassel auf öffentlichen Veranstaltungen des Arbeitskreises in Stuttgart und Ulm. Darüber hinaus war er Hauptredner bei der am 29. Juni 1974 in Reutlingen stattgefundenen Landestagung des EAK.

Auf der Stuttgarter Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises wandte sich von Hassel gegen Bestrebungen, den 17. Juni als staatlichen Feiertag durch den 23. Mai als Verfassungstag abzulösen. Wörtlich sagte von Hassel: „Unser Verfassungstag ist der Tag der deutschen Einheit, also der 17. Juni, und dies aus einem doppelten Grund: Erstens weil die Verfassung selbst die Wiedervereinigung — wann auch immer — als politischen Auftrag gebietet, und zweitens weil dieser Tag zum Symbol deutschen Bekenntnisses zur Freiheit geworden ist.“ Einem totalitären Staat zuliebe auf die Bekundung des eigenen Freiheitswillens und des letztlich doch nicht auszurottenden Freiheitswillens der Bevölkerung der DDR zu verzichten, käme einer Selbstaufgabe gleich und stünde im krassen Gegensatz zu dem Gebot der Wachsamkeit gegenüber dem Geiste unseres Grundgesetzes.

Herr von Hassel wurde auf seiner Rundreise von dem Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises Württemberg, Arved Deringer, begleitet.

Urteil sollte jedoch genutzt werden, um eine konstruktive Lösung zu erarbeiten, die von einer breiten Mehrheit im Parlament und in der Bevölkerung getragen werden könnte.

Die vielbeachtete Rede des Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises, Dr. Gerhard Schröder, MdB, die wir in diesem Heft wiedergeben, gab Stoff zu einer lebhaften Diskussion.

In der Mitgliederversammlung wurde der Justizminister des Landes Baden-Württemberg, Dr. Traugott Bender, MdL, der sich mit einer programmatischen Rede „Aufgabe des EAK heute“ vorgestellt hatte, einstimmig zum neuen Vorsitzenden des EAK Baden gewählt. Die Versammlung berief zu stellvertretenden Vorsitzenden: Frau Kühlewein aus Karlsruhe, Prof. Pawlowski von der Universität Mannheim, Architekt Friedrich Reiner aus Sölden, Pfarrer Reutlinger aus Heidelberg und MdB Dr. Schäuble aus Offenburg.

Dem Vorstand, der auf eine breite Basis gestellt werden sollte, gehören außerdem fünfzehn Beisitzer an, unter ihnen: Kultusminister Prof. Hahn, der auch stellvertretender Bundesvorsitzender des EAK ist.

Der neue Vorsitzende, Dr. Bender, forderte in seinem Schlußwort die Versammelten auf, den Willen zum Engagement und zum Neubeginn auf Kreisebene aufzugreifen und den neuen Landesvorstand durch örtliche Aktivitäten zu unterstützen. Dr. Bender dankte dem bisherigen Vorstand für die geleistete Arbeit, insbesondere dem alten und neuen stellvertretenden Vorsitzenden Friedrich Reiner, der durch seinen großen persönlichen und zeitlichen Einsatz als geschäfts-

Die diesjährige Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU findet vom 6. bis 8. Dezember 1974 unter dem Leitthema „Zukunft und Hoffnung“ in Mainz statt.

Der politische Auftrag der Christen in unserer Zeit

Heinz Weber / Valentin Schweiger

Das Bemühen um grundlegende Aussagen über eine Politik aus christlicher Weltverantwortung ist mit dem Beschluß des Hamburger Parteltages, ein „Grundsatzprogramm der CDU“ auszuarbeiten, in der Union in ein entscheidendes Stadium eingetreten.

Unsere Autoren – Vorsitzende des evangelischen bzw. katholischen Männerwerkes Nürnberg – plädieren für eine Präambel zu den geplanten Grundsatzprogrammen von CDU und CSU, in denen sowohl die geschichtliche Notwendigkeit als auch die Prinzipien und Zielsetzungen einer solchen Politik dargelegt werden sollten. Ihre Überlegungen entstanden aus dem gemeinsamen Einsatz der evangelischen und katholischen Männerwerke Nürnbergs für die Verwirklichung christlicher Wertvorstellungen – insbesondere des christlichen Liebesgebotes – in der Politik.

Unumkehrbare weltweite Prozesse und Trends, das immer stärker werdende Engagement der Kirchen für Gerechtigkeit und Frieden in der Welt und der Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Organisation der Vereinten Nationen lassen die Entwicklung einer Politik aus christlicher Weltverantwortung durch die christlichen Parteien der Bundesrepublik immer dringlicher erscheinen. Es wäre für den Fortgang der Menschheitsgeschichte verhängnisvoll, wenn diese Parteien die Zeichen der Zeit übersehen oder in ihrer Bedeutung nicht richtig erkennen würden.

Ein Vierteljahrhundert nach der Gründung des Weltrates der Kirchen und ein Dezennium nach dem Beginn des Zweiten Vatikanischen Konzils ist es unumgänglich geworden, die Verantwortung der Christen auch im Bereich der Politik neu zu überdenken. In diesem Zusammenhang ist der politischen Dimension des Weltauftrages der Christen besondere Beachtung zu schenken. Der politische Weltauftrag der Christen in unserer Zeit verpflichtet diese, sich für das Schicksal der ganzen Menschheit verantwortlich zu fühlen. Im Rahmen dieser ihrer Weltverantwortung haben sie insbesondere hinzuwir-

ken auf die Errichtung einer menschenwürdigen Weltfriedensordnung in Gerechtigkeit und Freiheit, die Herbeiführung eines sozialen Ausgleichs auf Weltebene und die Durchsetzung der Menschenrechte in möglichst vielen Ländern der Erde.

Eine künftige Politik aus christlicher Weltverantwortung muß deshalb dynamisch und offensiv sein und die Vernunft und die Herzen der Menschen gleichermaßen ansprechen. Sie muß die Idee der Menschlichkeit, die als wesenhaft christliche Idee in der biblischen Aussage von der Gottesebenbildlichkeit des Menschen und im universalen Grundgebot der Nächstenliebe ihre geistigen und moralischen

gen und moralischen Wurzeln hat, in Erfüllung ihres Weltauftrages überall zum Durchbruch und zum Siege zu verhelfen.

Dies macht die Entwicklung und Realisierung einer Politik aus christlicher Weltverantwortung unumgänglich.

Eine solche Politik will im Geiste echter Menschlichkeit dem Gemeinwohl aller Menschen und Völker dienen und darauf hinwirken, daß ihnen Gerechtigkeit widerfährt.

Sie befindet sich dabei in Übereinstimmung mit den Bestrebungen aller Menschen guten Willens auf der ganzen Welt.

Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit sind die großen Menschheitsanliegen unserer Zeit und zugleich die oberen Ziele einer Politik aus christlicher Weltverantwortung.

Nur ein Frieden in Gerechtigkeit und Freiheit ist ein menschenwürdiger Frieden.

Er hat zur Voraussetzung die Herbeiführung eines sozialen Ausgleichs auf Weltebene und die Durchsetzung der Menschenrechte in möglichst vielen Ländern der Erde.

Wer die Rechte des Menschen mit Füßen tritt und den Haß predigt, kann nicht den Frieden wollen.

84. Deutscher Katholikentag Mönchengladbach

11.–15. September 1974

Leitwort:

Für das Leben der Welt

siehe auch Seite 12

Wurzeln hat, zu ihrer zentralen Leitidee erklären und diese in möglichst vielen Bereichen zu verwirklichen trachten.

CDU und CSU sollten ihren geplanten neuen Grundsatzprogrammen eine Präambel voranschicken, die ihr gemeinsames geistiges Fundament verdeutlicht. Dazu bieten wir folgenden Entwurf an:

In einer Welt, die mit innerer Notwendigkeit auf Einheit hin tendiert, zugleich aber auch die Möglichkeit der Selbstzerstörung in sich birgt, tragen die Christen für das Schicksal der ganzen Menschheit eine besondere Verantwortung.

Das Evangelium verpflichtet sie in dieser geschichtlich einzigartigen Situation, der Idee der Menschlichkeit, die als wesenhaft christliche Idee in der biblischen Aussage von der Gottesebenbildlichkeit des Menschen und im universalen Grundgebot der Nächstenliebe ihre geisti-

Unsere Autoren

Kai-Uwe von Hassel, MdB
53 Bonn
Bundeshaus

Dr. Helmut Kohl, MdL
65 Mainz
Staatskanzlei

Dr. Gerhard Schröder, MdB
53 Bonn
Bundeshaus

Valentin Schweiger
Vorsitzender des katholischen
Männerwerkes Nürnberg
85 Nürnberg
Bertastraße 59

Dr. Heinz Weber
Vorsitzender des evangelischen
Männerwerkes Nürnberg
85 Nürnberg
Valznerweiherstraße 66 a

Wir bringen jeweils die Anschriften der Autoren, damit unseren Lesern die Möglichkeit der direkten Kontaktaufnahme gegeben ist.

Berlin bewilligt Zuschuß für Tagung des Weltkirchenrats

Einen Zuschuß von 202 000 DM für die Sitzung des Zentralaussschusses des Weltkirchenrates vom 11. bis 18. August in West-Berlin hat der Berliner Senat bewilligt. Mit dem Geld soll insbesondere die Teilnahme von Delegierten aus der Dritten Welt ermöglicht werden, deren Heimatkirchen die Reisekosten nicht selbst aufbringen können. Die Organisation und Vorbereitung der Zentralaussschuß-Sitzung, die insgesamt rund 1,2 Millionen DM kosten wird, werden im wesentlichen von der West-Berliner evangelischen Kirche bezahlt. Die deutschen Mitgliedskirchen des Weltkirchenrates bringen insgesamt etwa 400 000 DM auf. Im regulären Haushaltsplan des Weltkirchenrates sind Reisekosten für Kirchendelegierte nicht enthalten.

Brief von „Dienste in Übersee“ an Schröder

Kritik an der Kürzung des Entwicklungshilfe-Etats durch die Bundesregierung hat der Leiter der Geschäftsstelle der evangelischen Arbeitsgemeinschaft „Dienste in Übersee“, Pastor Conring (Stuttgart), geübt. In einem Brief an den Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Dr. Gerhard Schröder, schreibt Conring, angesichts der besonders akuten und sich noch verschärfenden Notstände in weiten Teilen Afrikas und Asiens hätten viele Menschen in der Bundesrepublik diese Maßnahme mit Bestürzung aufgenommen. Nachdem die Kirchen auch bisher die entwicklungs-politischen Anstrengungen entscheidend mitgetragen hätten, könnten sie es nicht widerspruchlos hinnehmen, wenn die Bundesregierung nicht bereit sei, dem hohen moralischen und politischen Rang der Hilfe für die Länder der Dritten Welt Priorität einzuräumen. Conring fordert den Evangelischen Arbeitskreis auf, das Thema Ent-

wicklungspolitik wieder intensiver aufzugreifen, und meint: „Es geht auch um eine klare Artikulation evangelischer Verantwortung.“

CDU-Generalsekretär Biedenkopf vor Politischem Club in Tutzing

Ostverträge und Entspannungspolitik grenzen nach Meinung des CDU-Generalsekretärs Prof. Dr. Kurt Biedenkopf die nationale Souveränität ein. Wie Biedenkopf in einem Referat über „Wirtschaftliche und politische Grenzen nationaler Souveränität“ auf der Jahrestagung des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing erklärte, zwingen die Ostverträge zu einem Verzicht auf ideologische Auseinandersetzung, die vom Osten, wie aus Andeutungen zu erkennen sei, als Einmischung in innere Angelegenheiten verstanden würde. „Wenn wir das hinnehmen, akzeptieren wir auch die Einschränkung unserer Souveränität“, betonte Biedenkopf, der ähnliche Auswirkungen von der Entspannungspolitik befürchtet. So könnte der Wunsch nach Entspannung der USA gegenüber der Sowjetunion auf eine „offensive Vertretung der demokratischen Prinzipien“ verzichten lassen. Betroffen davon könnten auch weitere Aktivitäten von Radio „Freies Europa“ und Radio Liberty“ sein.

Biedenkopf vertrat die Ansicht, erst die Fähigkeit, mit Krisensituationen fertig zu werden, kennzeichne die Souveränität eines Staates. Das habe die Entwicklung nach dem letzten Nah-Ost-Krieg in Zusammenhang mit der Ölkrise gezeigt. „Die Energiekrise hat den ölproduzierenden Ländern unaufhebbare Erfahrungen mit der Souveränität der hochentwickelten Handelspartner eingebracht“, meinte Biedenkopf. Rohstoffabhängigkeit wie auch die Abhängigkeit vom technischen „know how“ schüfen internationale Interdependenzen. Als weitere Grenzen nationaler Souveränität bezeichnete der CDU-Generalsekretär die internationale Solidarität etwa im Falle von Hungerkatastrophen sowie die Einge-

bundenheit in die Völkergemeinschaft. Nationale Souveränität würde jedoch so lange erhalten bleiben, „als es nicht gelingt, regionale und globale Probleme gemeinsam zu lösen“.

Albrecht Martin: Neuer Landtagspräsident in Rheinland-Pfalz

Mainz: In der konstituierenden Versammlung des Evangelischen Arbeitskreises Rheinland-Pfalz wählten die Teilnehmer MdL Albrecht Martin mit eindrucksvoller Mehrheit zum neuen EAK-Landesvorsitzenden. Der Bundesarbeitskreis des EAK berief ihn im Mai erneut in den Bundesvorstand. Und einstimmig wählte der Landtag von Rheinland-Pfalz diesen engagierten EAK-Politiker nun in das hohe Amt seines Präsidenten.

Der neu gewählte Präsident, der sich insbesondere der Aufrechterhaltung einer Atmosphäre guter Kollegialität im Landesparlament verpflichtet weiß, würdigte in einer Rede anlässlich der 25. Wiederkehr des Tages der Annahme des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vor dem Landtag in Mainz die Bedeutung der Verfassungsgrundlagen von Land und Bund.

Martin warnte vor der Gefahr, daß aus der Pluralität der Werte eine Werteneutralität werden könne, an der jeder demokratische Staat zerbrechen müsse. Die Chance eines Lebens in Freiheit, die Chance des freiheitlichen demokratischen sozialen Rechtsstaates sei auch heute noch gegeben und sollte von uns genutzt werden. Dies bedürfe aber einer klaren Feststellung:

„Wer die Freiheit des einzelnen der Herrschaft einer Klasse oder einer Ideologie opfert, wer die soziale Verpflichtung dem Individualismus unterordnet, wer dem Frieden zu dienen meint durch Verzicht auf das Selbstbestimmungsrecht des eigenen Volkes oder anderer Völker, wer sich der Verpflichtung Europas mit allem, was das umfaßt, entzieht, wer dem Frieden der

elt nicht Opfer zu bringen bereit ist, aber nicht das Opfer des Verzichtes auf Freiheit und Selbstbestimmungsrecht, der steht nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes.“

Kirchen sollen Ausgaben für Entwicklungshilfe nicht kürzen

Der in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zuständige Referent für Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik, Oberkirchenrat Günter Linnenbrink (Hannover), hat die Kirchen davor gewarnt, ihre Ausgaben für Entwicklungshilfe zu kürzen. In einem Interview mit der Redaktion „Religion und Gesellschaft“ des Norddeutschen Rundfunks sagte Linnenbrink, die Kirche werde ihre „moralische Verpflichtung“ gegenüber den Entwicklungsländern unter Beweis stellen müssen, wenn 1975 wegen Mindereinnahmen aus der Kirchensteuer Einsparungen vorzunehmen seien. Was die Kirche gegenüber dem Staat geltend mache, dürfe sie selbst nicht ohne Not aufgeben.

Linnenbrink bedauerte die Entscheidung der Bundesregierung, die Entwicklungshilfe zu kürzen. Die Signalwirkung, die von der stabilen Bundesrepublik ausgehe, werde „außerordentlich groß“ sein. Andere Länder würden folgen. Wörtlich

sagte er weiter: „Wir meinen, daß der Versuch, den auch der zurückgetretene Minister Eppler unternehmen hat, nämlich die solidarische Verpflichtung der Industrienation mit den Entwicklungsländern auch in der aktuellen Entwicklungspolitik sichtbar zu machen, dadurch in Mitleidenschaft geraten ist.“

Mitgliederversammlung des Deutschen Evangelischen Missions-Tages

Die Diskussion gegensätzlicher Ansichten über Grundfragen der Mission wird Schwerpunkt der Beratungen der diesjährigen Mitgliederversammlung des Deutschen Evangelischen Missions-Tages sein. Die Vertreter der evangelischen Missionsgesellschaften werden dabei vom 9. bis 13. September in Hermannsburg auch die Kontroverse um den Kurs des Weltkirchenrates, um den gesellschaftlichen Bezug der Evangeliumsverkündigung und um ein mögliches Moratorium aufgreifen.

Kieler Bischof untersucht Vorgänge in Norderstedt

Der schleswig-holsteinische Landesbischof Dr. Friedrich Hübner ist in einem Offenen Brief aufgefordert

worden, sich über die kirchlichen Zustände in Norderstedt zu informieren. Die Norderstedterin Maria Luise Slevogt, die sich „Hausfrau und engagierte Christin“ nennt, beschuldigt in dem Brief Pastor Karl-Hartmut Lechner, die in das Kommunikationszentrum der Kirchengemeinde Norderstedt gesetzten Hoffnungen durch kommunistische Agitationsveranstaltungen zunichte gemacht zu haben. Lechner habe sich zunächst als konservativer Pietist dargestellt, dann aber offen seine Zugehörigkeit zum kommunistischen Bund Westdeutschland erklärt. Nach Angaben Frau Slevogts will Lechner „in den Kämpfen der Arbeiterklasse und des Volkes seine ganze Kraft daran... setzen, sie zu organisieren... und zum Sieg über die Bourgeoisie und ihren Staat zu führen.“

Bischof Hübner zeigte sich in einer ersten Stellungnahme dankbar für den Offenen Brief und sagte eine sofortige Überprüfung der Vorgänge zu. Er erklärte gegenüber dem Evangelischen Pressedienst, er sei mit Lechner ohnehin wegen der Vorgänge um Pastor Gallmeier und Pastorin Edda Groth, zu deren engstem Kreis Lechner gehöre, im Gespräch. Pastor Lechner betonte, er sei „als Linker seit eh und je bekannt“ und habe noch nie doppelbödig argumentiert.

Gewissensentscheidung aus christlicher Verantwortung

Kai-Uwe von Hassel

Nachdem das Bundesverfassungsgericht auf Antrag der Landesregierung Baden-Württembergs die vom Bundestag beschlossene Fristenregelung bis zur endgültigen Entscheidung ausgesetzt hat, ist klar, daß die Diskussion um die Neuregelung des umstrittenen § 218 noch lange nicht beendet ist.

Im nachfolgenden geben wir die Ausführungen des Bundestagsvizepräsidenten und stellvertretenden EAK-Vorsitzenden Kai-Uwe von Hassel wieder, mit denen er im Bundestag seine Entscheidung begründete. Sie scheinen uns gerade heute für die neu in Gang gekommene Diskussion wertvolle Klärungen im kaum überschaubaren Feld der Argumente zu enthalten.

Die heutige parlamentarische Auseinandersetzung läßt nur wenige Menschen in Deutschland unbewegt. Gestatten Sie daher, daß auch ich ein paar Minuten Ihrer Zeit in Anspruch nehme. Zu den einzelnen Aspekten des Themas, das uns heute beschäftigt, haben sich Theologen, Juristen, Mediziner, Soziologen und andere Gruppen draußen in der öffentlichen Diskussion und in unzähligen Zuschriften an uns Abgeordnete geäußert.

Meine Damen und Herren, ich gewinne den Eindruck, daß man sich bei den Befürwortungen der Fristenlösung und in den Kreisen

der sogenannten Aktion 218 das Erscheinungsbild einer neuen Frauenbewegung gibt und daß man sich als Signal gegen die gesellschaftliche Unterdrückung und Ausbeutung der Frau als eine Emanzipationsbewegung schlechthin verstanden wissen will.

Um nicht mißverstanden zu werden: Niemand kann und darf die große innere Not und die seelische Zwangslage jener Frauen unbeachtet lassen, die – aus welchen Gründen auch immer – trotz heutiger Möglichkeiten der Schwangerschaftsverhütung ein Kind erwarten, das für sie eine Belastung darstellt,

der sie sich – gleichfalls aus welchen Gründen auch immer – nicht gewachsen fühlen oder gewachsen wissen.

Hier sind Staat und Gesellschaft gleichermaßen gefordert, und es ist als eines der Ergebnisse der heftigen Diskussion um die Reform des § 218 bereits heute festzustellen, daß dem Bereich der vielfältigen sozialen Hilfen für in Not geratene Frauen ungleich mehr tätige Aufmerksamkeit zugewandt wird, als das in früheren Jahren der Fall war. Auch der damit einhergehende Abbau der Diffamierung lediger Mütter und unehelicher Kinder wie aber auch die immer umfangreichere Aufklärung über Verhütungsmethoden sind aufrichtig zu begrüßen. Das gilt auch für unsere Kirchen, in denen ein beachtlicher Prozeß der kritischen Selbstbesinnung auf diesen Aspekt der Nächstenliebe zu beobachten ist.

Als ein Politiker, der zugleich als Christ in dieser Gesellschaft und für diese Gesellschaft verantwortlich zu sein sich bemüht, sehe ich jedoch die Gefahr, daß die Gleichsetzung von Fristenlösung und Emanzipation der Frau die Perspektive unzulässig verschoben hat. Dagegen möchte ich ein Wort vom Grundsätzlichen her sagen.

Es führt keine Propaganda an dem naturwissenschaftlichen Tatbestand vorbei, daß mit der Verschmelzung von Samen und Ei der Prozeß einer geradezu nach Netzplan ablaufenden Entfaltung eines einmaligen und unverwechselbaren menschlichen Individuums beginnt, dessen Beseitigung durch menschlichen Eingriff nichts anderes als Tötung ist. Das aber hat mit Befreiung der Frau nichts zu tun.

Ich mache mir zu eigen, was der Rat meiner eigenen Evangelischen Kirche in Deutschland dazu sagt. Er sagt, es gehe in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs um nichts Geringeres als um das Verständnis von Leben, das nach christlicher Verkündigung von Gott gegeben ist und vor ihm verantwortet wird. Schutz und Förderung des Lebens sind ein allgemeines menschliches Grundgebot. Das eigene Leben zu verantworten und das Leben anderer zu schützen, fordert von jedem einzelnen – so sagt der Rat – die Bereitschaft, Opfer zu bringen und Gefahren zu bestehen. Von diesem Verständnis menschlichen Lebens darf das un-

geborene Leben nicht ausgenommen werden. Der Rat schließt: Es ist einem eigenmächtigen Zugriff nicht verfügbar. In meiner Kirche und mit meiner Kirche bin ich also mit großer Entschiedenheit für den Schutz des ungeborenen Lebens als eines im Grundsatz unverletzlichen Rechtsgutes.

Frau Kollegin Schlei hat heute morgen aus dem Brief eines Chefarztes in Süddeutschland zitiert, der erklärt, er habe kein Verständnis, wenn gerade die Kirchen am lautesten nach Strafe rufen. In den vielen Stellungnahmen meiner eigenen evangelischen Kirche oder der katholischen Kirche habe ich keine einzige Formulierung gefunden, in der auf Strafe abgehoben wird, sondern ethische Grundsätze, moralische Prinzipien, christliche Gedanken sind uns in Erinnerung gerufen worden, und nicht der Ruf nach Strafe.

Ich persönlich trete für die Indikationslösung ein, wie sie die CDU/CSU-Fraktion vorgelegt hat. Der Indikationsbereich muß sich auf die Lösung besonders schwerer Konfliktfälle beschränken. Ich halte es aber, wie ich schon andeutete, für unerträglich, wenn die Frage nach legalisierter Tötung unter anderem dargestellt wird als eine Wendemarke der Frau auf dem steinigem Weg zur Gleichberechtigung. Die extreme Linke hat uns vor Jahren die Verquickung von sogenannter sexueller Befreiung beschert. Gleichsam als Nebenprodukt dieser Theorien entstand die Parole „Mein Bauch gehört mir“ mit der Forderung nach der legalisierten Abtreibung in der Form der Fristenlösung.

Mit dieser moralischen Perversion wird den echten und nicht nur ethisch unanfechtbaren, sondern sogar zu unterstützenden Forderungen nach echter Partnerschaft zwischen Mann und Frau auf allen Ebenen des privaten und des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens und Handelns ein Bärendienst erwiesen.

Die angestrebte volle Partnerschaft zwischen Mann und Frau in allen Lebensbereichen muß ganz anders ansetzen als ausgerechnet bei einer Umformung unseres ethischen Rechtsempfindens, denn wer über Leichen geht, schafft keinen Fortschritt im Namen der Humanität, sondern das Gegenteil.

Wir wollen die Emanzipation der Frau verwirklichen als Verwirk-

lichung eines Menschenrechtes, welches das Zeitalter der Revolution in Europa leider noch nicht im Auge hatte, sonst hätte das Motto „Freiheit und Gleichheit und Brüderlichkeit“ bereits damals auch schon für Frauen gegolten und unsere demokratischen Verfassungsentwürfe von damals mitprägen helfen. Es geht hier also nicht um Emanzipation, nicht um ein reines Frauenproblem. Die Verantwortung für den Nachwuchs haben der Vater und die Mutter gemeinsam. Hier kann sich nicht ein Partner vom anderen gewissermaßen befreien wollen. Es ist ein Unrecht, eine sogenannte Fremdbestimmung der Frau durch den Mann einzutauschen gegen eine Fremdbestimmung auf Leben und Tod des Fötus durch die Frau.

Der christliche Politiker kann und darf von seinem an der christlichen Verkündigung und nicht an gesellschaftspolitischen und gesellschaftlichen Zeiterscheinungen orientierten Gewissen her nicht schweigen, wenn es darum geht, daß eine Fremdbestimmung auf Leben und Tod von Menschen durch Menschen legal wird. Im Bereich der Abtreibung muß es auf der Basis des Indikationskatalogs im Bereich medizinischer Sonder- und Grenzfälle bleiben, sonst machen wir uns in Deutschland abermals schuldig an der Humanität.

Ich persönlich bin – ich betone es nochmals – für die Verbesserung des bestehenden Zustandes, aber ich wäge ab zwischen dem Schutz und dem Recht des ungeborenen Lebens auf das Leben und der Situation der gesundheitlich und psychisch gefährdeten Frau und Mutter. Sinn einer Rechtsordnung, für die ein Parlament die Verantwortung trägt, muß doch sein, das Rechtsgut zu schützen, und für mich gehört das Recht auf das Leben zum Leben selbst. So kann eine Rechtsordnung nicht ein Rechtsgut beachten, das andere aber nicht, und die Pflicht für die Fristenlösung nimmt nach meinem Dafürhalten eine solche Güterabwägung nicht vor.

Ich möchte schließen mit einem Blick auf die Frau Kollegin Schlei von heute morgen, die am Schluß ihrer Rede als Christ zu uns sprach, und ich möchte mit einem Satz enden, aber ihm noch einen anderen vorschalten. Ich habe heute,

wie meine schleswig-holsteinischen Bundestagskollegen wohl allesamt, einen offenen Brief der Jungdemokraten und Jungsozialisten Schleswig-Holsteins bekommen, in dem uns als Schlußsatz mit auf den Weg gegeben wird: „Sie als gewählte Volksvertreter und Repräsentanten dieser parlamentarischen Demokratie werden aufgerufen, Ihren Auf-

trag wahrzunehmen, ohne sich bei Ihrer Entscheidungsfindung von demokratisch nicht legitimierten Institutionen oder Interessenvertretern beeinflussen zu lassen.“ Ich wehre mich gegen eine solche Unterstellung.

Ich weiß mich einig mit allen Kollegen aus der Fraktion der CDU/CSU, die ihre Entscheidung allein

vor dem Gewissen verantwortet haben, und auf der Grundlage unserer lang überlegten Entscheidungen möchte ich sehr darum bitten, Frau Kollegin Schlei, daß Sie sich als Christ wie ich als Christ uns darüber klar sind, daß wir nur einem sehr sensiblen Gewissen folgen und keiner Weisung von außerhalb.

Vertrauen in die Zukunft – Chancen und Aufgaben der Volkspartei CDU –

Helmut Kohl

Nach den eindeutigen Wahlerfolgen der CDU in Hamburg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Nordhessen ist die Diskussion in und zwischen den Parteien über Weg und Ziel bisheriger und zukünftiger Politik mit Vehemenz entbrannt. Im folgenden Beitrag analysiert der Bundesvorsitzende der CDU, Dr. Helmut Kohl, die Parteilenszenerie nach den jüngsten Wahlen und zeigt die CDU als solidarisch handelnde Volkspartei der Zukunft.

Die CDU hat die jüngsten Wahlen ebenso eindeutig gewonnen, wie sie die SPD verloren hat:

– Die Union hat sich stabilisiert und erneuert. Sie ist eine Opposition, die sich nicht mehr als verhinderte Regierung versteht. Die Union hat hart gearbeitet. Die Bürger erkennen den politischen Willen der CDU und bewerten ihn als die bessere Alternative für unser Land.

– Fleiß und Engagement unserer Freunde und Mitglieder auf der kommunalen Ebene haben unseren Mitbürgern gezeigt, welchen Rang die CDU der Kommunalpolitik beimißt. Der Sturm auf die roten Rathäuser hat einen guten Anfang genommen. Dieser erfolgreiche Anfang – vor allem in industriellen Ballungsgebieten – ist ein Signal. Er zeigt, daß auch hochgesteckte Ziele mit harter Arbeit erreicht werden können.

– Charakteristisch für die innere Situation der SPD sind die Richtungskämpfe zwischen zwei Parteien: zwischen einer sozial-demokratischen und einer sozialistischen

Partei. Die Kämpfe haben die Kraft der SPD überfordert. Diese Partei ist trotz ihres großen Erfolges bei den Bundestagswahlen vor 16 Monaten zu keiner tatkräftigen Politik mehr fähig.

– Die Bundesregierung unter der ehemaligen Führung Willy Brandts hatte ihre politische Substanz aufgezehrt. Das große Maß an Versprechungen erzeugte ein Übermaß an Erwartungen, denen nicht einmal ein Mindestmaß an Leistungen gegenüberstand. Dies erzeugte ein Klima von Unsicherheit und Unfrieden.

Das ist die tatsächliche Lage, die von der SPD und ihrem Vorsitzenden verkannt wird. Anstatt sich mit seiner parlamentarischen Mehrheit unverzüglich an die Arbeit zu machen, um diese Lage zu verbessern, um die Besorgnisse unserer Mitbürger aus dem Wege zu räumen, glaubt der SPD-Vorsitzende, mit politischen Maßhalteappellen die sozialistischen Eiferer in seiner Partei zügeln zu können.

Die Labilität der SPD ist für unser Land gefährlich. Über sie kann auch die CDU nicht erfreut sein. Diese Bundesregierung hat ein eindeutiges Mandat unserer Bürger, die Politik unseres Landes zu gestalten. Die Enttäuschung der Wähler über die Gestaltlosigkeit unserer Politik kann möglicherweise in eine Enttäuschung über unser traditionelles Parteiensystem umschlagen. Diese Gefahr besteht deshalb, weil in so unwahrscheinlich kurzer Zeit ein so großer Vertrauensvorschuß

aufgebraucht wurde. Unser politisches System braucht ein gewisses Mindestmaß an Stabilität, das die Opposition alleine nicht zu sichern fähig ist.

Ein permanenter Wahlkampf droht

Ohne Anflug von Schadenfreude und mit Sorge beobachtet die CDU auch noch aus einem andern Grund die innere Situation der SPD: Die lähmende Unsicherheit, ja, die panischen Angstzustände, mit denen die SPD bisher auf ihre Wahlniederlagen reagiert, deutet ein Element des Irrationalen an, das jetzt zum Bestandteil der Politik der SPD zu werden scheint. Weil die SPD sich weigert, die wirklichen Gründe für die Serie ihrer Rückschläge zu erkennen, um aus ihnen auch Konsequenzen zu ziehen, wird sie möglicherweise ihr Heil in einem blinden Aktionismus suchen, der zu einem permanenten Wahlkampf führen wird. Ein Wahlkampf aber kostet nicht nur viel Geld, sondern auch Zeit und Kraft, die der Politik zugute kommen würde. Die CDU braucht diese Auseinandersetzungen nicht zu scheuen. Die CDU sieht dieser Auseinandersetzung mit Ruhe und Gelassenheit entgegen. Wir sind darauf gefaßt, daß die SPD nach jedem Strohalm greifen wird, um aus ihrem Vertrauensschwund wieder herauszukommen. Wir haben Zeit. Die nächsten Bundestagswahlen finden 1976 statt. Bis dahin

müssen die Koalitionsparteien beweisen, wie sie mit dem Vertrauen der Wähler umgehen. Die Union jedenfalls wird über ein Auseinanderbrechen der Koalition nicht glücklich sein, sie wird deshalb auch nichts tun, um einen solchen Bruch herbeizuführen.

Die Strategie der SPD

An dieser Absicht ändern auch die ersten Wahlkampfanzeichen nichts, die die SPD setzt: Die Versuche der SPD mehren sich wieder, die Union zu diffamieren und als eine politische Kraft zu denunzieren, die nur „an der Zerschlagung der Regierungsautorität“ interessiert sei, um „den Staat zum Beuteobjekt mächtiger Interessen“ (Bruno Friedrich) zu machen. Dieser Denunziationsstrategie wird der Erfolg versagt bleiben. Die CDU hat in ihrer Programmatik und in ihrer Politik jedermann deutlich gemacht, daß sie die Sorgen aller versteht, sich ihrer annimmt und um die besten Lösungen ringt. Währenddessen werden in der SPD wieder Klassenkampf-Parolen ausgerollt, die ihre Selbstbezeichnung „Volkspartei“ widerlegen. Die CDU fordert den Vorsitzenden der SPD auf, Ernst zu machen mit seiner Ankündigung, die SPD müsse im guten Sinne Volkspartei sein. Die CDU

will keine Schwäche, in prinzipielle Gegensätze zerfallende SPD, weil die Politik unseres Landes dadurch auf Dauer unschätzbaren und nicht wieder gutzumachenden Schaden erleidet. Wir werden verhindern, daß die Vertrauenskrise der Regierung und der SPD sich zu einer Vertrauenskrise der Parteien und des demokratischen Staates ausweitet.

Die Verantwortlichkeit der FDP

Je mehr die FDP in zentralen gesellschaftspolitischen Fragen – Mitbestimmung, Vermögensbildung – ihre liberalen Prinzipien der Aufrechterhaltung der Koalition opfert, je mehr sie sich selbst unauflöslich an die Seite einer links ausufernden SPD bindet, desto klarer ist uns die Aufgabe gestellt: die CDU als die wirkliche soziale und liberale Alternative in unserem Land darzustellen. Die Verantwortlichkeit der Regierung ist unteilbar. Wer ihre Politik ablehnt, kann heute nicht FDP wählen.

Die Aufgaben der CDU

Unser Ziel ist eindeutig, wir setzen auf Sieg. Unsere Wahlerfolge werden wir umsetzen in eine erfolg-

reiche Politik, die das Vertrauen rechtfertigt, das uns geschenkt wird. Unser Ziel ist die Verwirklichung einer Politik, die mit Beharrlichkeit und Augenmaß noch mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit und mehr Solidarität in unserer Gesellschaft durchsetzt. Zusammen mit immer mehr Bürgern haben wir die Hoffnung, dieses Ziel zu erreichen. So werden wir durch unsere Politik weiter beweisen, was eine Volkspartei ist und was eine Volkspartei zu leisten vermag.

Zu dieser Volkspartei CDU leisten auch die Vereinigungen der Union wertvolle unerläßliche Beiträge. Ohne ihre Mitarbeit und ihr Engagement ist die CDU als Volkspartei undenkbar. Das schließt Diskussion über Meinungsverschiedenheiten um die bessere Politik nicht aus. Sie wird bei uns fair, offen und zugleich sachlich geführt, denn die CDU ist eine lebendige Partei.

Die CDU hat gezeigt, daß die innerparteiliche Diskussion – auf der Grundlage gemeinsamer Werte geführt – den Zusammenhalt in der Partei fördert und ihre Handlungs- und Überzeugungsfähigkeit stärkt. Dies soll auch in Zukunft so sein. Nur dann werden wir das Vertrauen jener Gruppen behalten, die sich 1969 und 1972 teilweise von uns abgewandt und jetzt wieder uns zugewandt haben.

84. Deutscher Katholikentag

Vom 11. bis 15. September 1974 veranstaltet das Zentralkomitee der deutschen Katholiken in Mönchengladbach den 84. Deutschen Katholikentag.

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts aus den Generalversammlungen der Katholischen Vereine Deutschlands erwachsen, sind die Katholikentage unserer Zeit Kongresse mit ausgesprochenem Arbeitscharakter.

Der 84. Deutsche Katholikentag in Mönchengladbach steht unter dem Leitwort „Für das Leben der Welt“. In Foren, Diskussionsgrup-

pen und Arbeitskreisen werden „Fragen an das Leben“ aufgeworfen, „Aufgaben für die Zukunft“ erörtert und Lösungen gesucht, wie Christen handeln und antworten können.

Dienst am Leben aus der Orientierung am Sinn des Lebens, das bestimmt auch die geplante Informationsschau über die Dienste der Kirche in der Gesellschaft und nicht zuletzt die großen Gottesdienste und Veranstaltungen der beiden Abschlußtage des Katholikentages. Damit es in Mönchengladbach nicht bei einem bloßen Anhören von Referaten und Debattieren in Zir-

keln bleibt, soll der 84. Katholikentag selbst durch vielfältige Begegnungs- und Informationsmöglichkeiten als ein Stück Leben Gestalt gewinnen. Das verlangt die Beteiligung möglichst vieler Christen auch und gerade von uns Evangelischen.

Weitere Unterlagen zur Vorbereitung und Teilnahme am 84. Deutschen Katholikentag vom 11. bis 15. September 1974 in Mönchengladbach schickt auf Anforderung die Geschäftsstelle 84. Deutscher Katholikentag, 405 Mönchengladbach, Regentenstraße 11, zu.